

# Athen schützt arme Haushalte nicht

**Athen.** Griechenland ist beim Schutz der Privathaushalte, die von Zwangsversteigerungen bedroht sind, eingeknickt. Das Land hat nach eigenen Angaben mit seinen internationalen Gläubigern eine Vereinbarung über die Freigabe von zwölf Milliarden Euro aus dem dritten sogenannten Rettungspaket erzielt. »Wir haben eine Einigung über alles gefunden«, teilte der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos am frühen Dienstag morgen in Athen mit. Von dem Geld sind nur zwei Milliarden für den Staatshaushalt vorgesehen, mit den weiteren zehn Milliarden sollen Banken ihre Kapitalpuffer aufstocken.

Athen wartet bereits seit fast einem Monat auf die zugesagte Kredittranche. Die Gläubiger hatten diese allerdings mit Auflagen verknüpft. Sie pochten unter anderem darauf, dass Banken durch Zwangsversteigerungen Geld erhalten, wenn die Privathaushalte ihre Haus- oder Wohnungskredite nicht abbezahlen. Die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras hatte angekündigt, verhindern zu wollen, dass viele Familien mit niedrigen Einkommen auf der Straße landen. Nun soll der Gesetzentwurf über die Zwangsversteigerungen und die anderen verlangten Maßnahmen am Dienstag ins Parlament eingebracht werden, die Abstimmung ist für Donnerstag vorgesehen. (AFP/jW)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/275505.athen-schuetzt-arme-haushalte-nicht.html>*